



Mit Sicherheit gut an(ge)kommen

Verstörende Kunst und politisches Statement in einem: Vom 22. bis zum 23. September lag die Al-hadj Djumaa am Gastanleger der Weißen Flotte in Potsdam vor Anker, an Bord 70 lebensgroße Flüchtlingsfiguren aus Kupfer. Potsdam war eine der letzten Stationen dieser irritierenden Installation, die mit einer Kreuzfahrt, einem begleitenden Rahmenprogramm und einer informativen Wanderausstellung für mehr Humanität und Solidarität für Flüchtlinge werben wollte. „Mit Sicherheit gut ankommen“, so der Titel des Gesamtprojektes.

Als das Schiff mit dem klangvollen Namen und seiner Fracht aus metallischen Flüchtlingsfiguren in Potsdam ankam, hatte es schon einen langen Weg zurückgelegt.

Die Reise hatte von Dänemark zunächst an die deutsche Nordseeküste, dann über Flüsse und Kanäle in einem

Ein sozialkulturelles Schiffsprojekt vor Anker in Potsdam

großen Bogen zunächst nach Süden und dann nach Osten geführt. Die erste Etappe wurde auf einem dänischen Fischkutter bewältigt, ab Papenburg ging es dann weiter auf einer kleinen ägyptischen Dau. Potsdam war der 20. Anlaufpunkt dieser über zwei Monate dauernden Fahrt. Danach ging es nach Neuruppin, bevor am 30. September, dem nationalen Flüchtlingstag, in Berlin das Ziel erreicht war. Organisiert und durchgeführt wurde die Tour von Outlaw.dieStiftung. Die Absicht: landesweit für humanitäres Engagement in der Flüchtlingshilfe einzutreten.

„Nicht die Grenzen, müssen geschützt werden, sondern die Menschen!“

Die Stiftung wurde vor fünf Jahren als Ausgründung des Jugendhilfeträgers Outlaw e.V. eingerichtet, primär um die Umsetzung der UN-Kinderrechte in

Deutschland voranzutreiben. Der Verein selbst unterhält Einrichtungen mehreren Bundesländern und ist dort jeweils in Paritätischen Landesverbänden organisiert. Er engagiert sich schon seit langem auch politisch für Kinder und Jugendliche. „Wir haben uns noch nie als Dienstleister verstanden, der nur erfüllt, was der Staat vorgibt“, so Gerald Mennen, der Geschäftsführende Vorstand der Stiftung: „Und Kinder- und Jugendhilfe ist auch kein politikfreier Raum. Wir gestalten ihn mit.“ Als dann immer mehr Kinder mit Fluchthintergrund in die Einrichtungen von Outlaw kamen, war klar, dass auch für sie etwas bewegt werden musste - und das angesichts des allgemeinen Grenzabschottens durchaus auffällig: „Wir wollen, dass nicht die Grenzen geschützt werden, sondern die Menschen“, so Mennen.



Links: zum Auftakt ein arabisches Liebeslied, gesungen vom internationalen Potsdamer Chor „Heimatsounds“; Rechts: Gerald Mennen vom Vorstand der Stiftung Outlaw

Über Umwege hatte Outlaw vor einigen Jahren Kontakte zu dem dänischen Künstler Jens Galschiøt herstellen können, der die Skulpturen angefertigt hat. Die beiden Schiffe wurden von einem dänischen und einem niederländischen Kooperationspartner zur Verfügung gestellt. Durchgeführt wurde das Projekt schließlich mit der Unterstützung von rund 120 Organisationen, darunter auch staatliche und kommunale Stellen. Auch in Potsdam haben sich viele heimische Initiativen beteiligt, die sich in der Flüchtlingshilfe und für die internationale Verständigung engagieren. Sie haben unter anderem das kulturelle Rahmenprogramm gestaltet. Auch der Paritätische Brandenburg war mit einem Infostand vertreten. Andreas Kaczynski, Vorstand des Paritätischen Brandenburg, war außerdem persönlich gekommen, um sich ein Bild zu machen.

Zwei Monate im Wohnwagen

Eine kleine Wanderausstellung informierte mit berührenden Texten über die Erlebnisse und Erfahrungen zum Teil sehr junger Menschen, die sich aus ganz verschiedenen Regionen nach Deutschland aufgemacht hatten, weil sie in der Heimat auf schlimmste Weise unterdrückt worden sind. Outlaw selbst hatte das Gelände darüber hinaus mit einer großen Jurte, Tischen und Stühlen sowie einer kleinen Bühne ausgestattet. Gerald Mennen, Geschäftsführender Vorstand von Outlaw, die Stiftung, hat das Projektequipment auf

dem Landweg begleitet, seit es in Dänemark gestartet ist. In den vergangenen zwei Monaten hat er im Wohnwagen gelebt und auch gearbeitet. Das Schiff selbst wurde gesteuert von jungen Menschen, die dafür ihre Freizeit geopfert haben. Sie haben zwischen den Figuren an Deck geschlafen, denn es gibt keine Kabine.

Ein Schiff mit Tiefgang

Der Motor der Al-hadj Djumaa ist nicht einfach zu bedienen, aber: „Die Dau ist eine wunderbare Handwerksarbeit und äußerst stabil“, so Mennen, der sich mit Booten auskennt. Immerhin hat das Schiff vor vier Jahren von Ägypten aus das Mittelmeer überquert. Es wirkt schon mit den 70 Statuen überfüllt, aber damals waren 282 afrikanische Flüchtlinge an Bord. Bei der Ankunft in Lampedusa wurde sie von der italienischen Küstenwache beschlagnahmt. Später wechselte sie in die Hände einer niederländischen Reederei. Obwohl das Schiff eher klein ist, ist die Fahrt über die Flüsse und Kanäle nicht einfach. Und wenn es in zwei Tagen weiter nach Neuruppin geht, wird es richtig schwierig. Auf dem Weg ist eine Schleuse zu passieren, die nur 90 cm Tiefgang erlaubt. Die Al-hadj Djumaa hat 110 cm. „Da müssen wir uns etwas überlegen“, meint Gerald Mennen.

Potsdam und die Willkommenskultur

Der international besetzte Potsdamer Chor „Heimatsounds“ eröffnete die Veranstaltung mit einem im arabisch-

sprachigen Raum sehr populären Song, der durchaus auch in Europa Hitqualitäten hätte. Eigentlich hätten die Besucherinnen und Besucher von Sozialministerin Diana Golze begrüßt werden sollen, die für Brandenburg die Schirmherrschaft über das Projekt übernommen hatte. Sie hatte ihre Teilnahme aber aus gesundheitlichen Gründen absagen müssen. Die statt ihrer gekommene Landesintegrationsbeauftragte Dr. Doris Lemmermeier eröffnete die Veranstaltung mit vielen lobenden Worten für die Organisatoren und einem herzlichen Dank an die zahlreichen ehrenamtlichen Initiativen, die bei der Umsetzung unterstützend zur Seite gestanden hatten.

Magdolna Grasnack, Beauftragte der Stadt Potsdam für Migration und Integration, begrüßte es in ihrer Rede auch aus symbolischen Gründen, dass das Schiff in Potsdam Halt machte: „Potsdam steht seit Jahrhunderten für die freundliche Aufnahme vertriebener Menschen, in der jüngeren Geschichte aber auch für geschlossene Grenzen. Und damals wie heute sind viele Menschen über das Wasser geflüchtet.“

Weitgehend unerforscht:

die Brandenburger Flüchtlingslage

Im Anschluss wurden die Besucherinnen und Besucher in die mit 10 Metern Durchmesser beeindruckend große Jurte eingeladen, wo der afrikanische Dichter Obiri Mokini bei Kerzenlicht Passagen aus seinen Erzählungen „Die Brandenburger Brücke“ las. Geschrieben hat er sie als eine Art Informations- und Erinnerungsbuch für spätere Generationen, denn: „Die Flüchtlingslage in Brandenburg ist ein weitgehend unerforschtes und unbeschriebenes Gebiet.“ Das Buch ist im Handel zu kaufen. Man kann es aber auf cantigua.de auch downloaden. „Dann kostet es nichts, das ist besser“, so Mokini.

Nach dieser Lesung war es dunkel geworden. Aber auch am nächsten Tag gab es noch Zeit und Gelegenheit, mit der Schiffsbesatzung ins Gespräch zu kommen und die verstörenden Figuren aus der Nähe zu betrachten.

„Zeichen und Wunder“

GIB e.V. feierte 20-jähriges Bestehen

Das Jubiläum wurde am 15. September 2017 feierlich gewürdigt. Mehr als 200 Gratulantinnen und Gratulanten waren gekommen, darunter die Vorstandsvorsitzende des Paritätischen Berlin Prof. Barbara John, Andreas Kaczynski, Vorstand des Paritätischen Brandenburg, Uwe Lehmann von der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Soziales und Frank Stege, Amtsdirektor des Amtes Gransee und Gemeinden. Darüber hinaus konnten zahlreiche weitere Gäste aus Politik und Verwaltung, aber auch viele Freunde, Weggefährten und langjährige Kooperationspartner begrüßt werden.

„GIB“ steht für „Gesellschaftliche Integration von Menschen mit Behinderungen“. Der gleichnamige Verein wurde 1997 für Menschen mit kognitiven Einschränkungen und zusätzlicher psychiatrischer Erkrankung gegründet. Das Ziel: Menschen, die oft jahrzehntelang in psychiatrischen Kliniken hatten leben müssen, jenseits von Krankenhausmauern eine Heimat zu bieten.

GIB hat sich seit seinen Anfängen bis heute mit über 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu einem großen Unternehmen entwickelt. Der Verein führt in Berlin und Brandenburg acht gemeindeintegrierte Wohnstätten mit je separaten Arbeitsförderangeboten und eine Pflegeeinrichtung sowie eine Tagespflegestätte für älter gewordene Menschen mit Unterstützungsbedarf. 200 Menschen werden insgesamt betreut. Dabei wird großer Wert auf die Umsetzung des Zwei-Milieu-Prinzips, also die Trennung von Wohnen und Arbeiten gelegt.

Diese überaus erfolgreiche Entwicklung konnte 1997 niemand vorausahnen. „Zeichen und Wunder - 20 Jahre GIB“ heißt deshalb die Festschrift, die

GIB zum Jubiläum erstellt hat. Vorstand Erik Boehlke konnte sie bei der Feier druckfrisch präsentieren. Dort sind nicht nur die Geschichte des Vereins und seiner Angebote in Wort und Bild, sondern auch 20 Jahre Sozialpolitik im Behindertenbereich dokumentiert - eine also insgesamt empfehlens-



Von links: Prof. Barbara John, Conférencier Martin von Barabü und Andreas Kaczynski

werte Lektüre für alle, die sich über das informieren möchten, was sich in den zwanzig Jahren seit der Enthospitalisierung in Berlin und Brandenburg entwickelt hat. Eine Reihe von Spenderrinnen und Spendern hat diese Schrift freundlich unterstützt, die Berliner Sparkasse mit großzügigen 8.000 Euro.

Ernestine Brauns und Erik Boehlke, beide sowohl Vereins- als auch und Stiftungsvorstand, bedankten sich in ihrer Eröffnungsrede ganz besonders für „die professionelle und menschliche Leistung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nicht hoch genug geschätzt werden kann. Sie ist Grundlage und Voraussetzung unseres Erfolges.“

Weil die Geschichte von GIB so erstaunlich ist, gehört der Schlager „Wunder gibt es immer wieder“ für die Menschen, die in den Einrichtungen der Organisation leben und arbeiten, als eine Art Hoffnung gebendes

Leitprinzip seit Jahren zum festen Musikrepertoire. Für alle, die der Organisation nahestehen, war es deshalb eine große Freude, dass der Song als einer der Veranstaltungshöhepunkte gemeinsam von Betreuten und Angestellten mit großem Erfolg gesungen wurde. Genauso schön war es, dass Katja

Ebstein, die mit diesem Lied 1970 einen beachtlichen Platz im European Song Contest erzielt hat, als Schirmherrin der Veranstaltung persönlich an der Feier teilgenommen hat.

Wie viele andere muss auch GIB seine Trägerstrukturen professionalisieren. Um sicherzustellen, dass die Gründungsidee zukünftig weiter lebt, wird derzeit intensiv daran gearbeitet, die verschiedenen Geschäftsbereiche in die 2015 gegründete GIB-Stiftung zu überführen.



Die Chronik ist für 20,00 Euro (zuzüglich 5,00 Euro für Versand) zu beziehen über:

Gesellschaftliche Integration von Menschen mit Behinderungen - GIB-Stiftung
Tuchmacherweg 8/10 - 3158 Berlin
Tel.: 030 912 075 60
E-Mail: post@gib-stiftung.de



Podiumsdiskussion.
 Von links: Inga-Karina Ackerman, Gabi Jaschke, Pamela Barth, Kornelia Wehlan, Dr. Ulrich Schneider und Kerstin Bräuer

Mitgliederversammlung 2017

Die Soziale Arbeit hat derzeit viele drängende Probleme. Die neben dem Fachkräftemangel größte Bedrohung ist der zunehmend erstarkende Rechtspopulismus. Dieses Thema bildete den inhaltlichen Rahmen der diesjährigen Mitgliederversammlung 2017, die am 16. November in Luckenwalde stattfand.

„Rechte Gesinnungen sind kein Randthema“, so Dr. Frank Hamann, Vorsitzender des Verbandsrates, in seiner Begrüßungsrede, denn „es geht dabei zentral um die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen.“ Insbesondere wir Deutschen sollten nach zwei Diktaturen wissen, wie wichtig Vielfalt und Toleranz sind.

Vor allem ging es aber auch darum, welche Konsequenzen das möglicherweise für den Paritätischen hat und wie der Verband damit umgeht. Kornelia Wehlan, als Landrätin des Landkreises Teltow-Fläming Gastgeberin der Versammlung, stellte am Beispiel des gemeinsam mit der Bevölkerung entwickelten kommunalen Leitbildes dar, dass auch Politik und Verwaltung nicht nur gefordert, sondern auch in der Lage sind, sich klar demokratisch zu positionieren.

Martin Gorholt, Bevollmächtigter des Landes Brandenburg beim Bund und Beauftragter für Internationale Beziehungen, erklärte den Rechtsruck und

die große Zustimmung, die die AfD in Ostdeutschland erhalten hat, mit einer verfehlten Sozialpolitik - insbesondere einer „konzeptionslosen Flüchtlingspolitik“, schlechten Einkommensverhältnissen und insgesamt unsicheren Zukunftsperspektiven. Dennoch sei es wichtig, klar menschenrechtsorientierte Positionen zu vertreten.

Barbara John, Vorstandsvorsitzende des Paritätischen Berlin, plädierte für einen nüchternen Umgang mit dem Phänomen. Sie stellte klar: „Auch Rechtspopulismus ist offene Meinungsäußerung und damit Ausdruck einer funktionierenden Demokratie.“ AfD-Wähler seien Mitbürger, mit denen man reden müsse. Dies zumal echte Zustimmung zum ideologischen Grundkonzept in der Wählerschaft eher selten sei. Das denunziative Vorgehen der Parteiführung allerdings sei eindeutig undemokratisch und befördere die Ausländerfeindlichkeit. Es sei Auftrag der Politik, dem durch Maßnahmen zur För-

derung echter Integration entgegenzuwirken. Ziel müsse es sein, dass auch die Zugezogenen sich gesellschaftlich engagieren. Schlüsselfaktoren seien durch Arbeit erwirtschaftetes Einkommen und eigener Wohnraum. Dafür seien besondere Programme gefordert, denn bislang gebe es in diesen Bereichen zu viele Barrieren.

Nicht Populismus, sondern Extremismus

Auch Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, plädierte für Differenzierung. Immerhin werde auch vielen paritätischen Positionen das Populismus-Etikett angehängt - immer dann nämlich, wenn der Verband für die Anliegen derjenigen einträte, die nicht vom Wirtschaftswachstum profitieren. Tatsächlich abzugrenzen gelte es sich vom Rechtsextremismus, der durchaus auch ohne emotionale Hetze daherkommen könne. Die zugrundeliegende Ideologie der Ungleichwertigkeit stehe im klaren Gegensatz zum gleichheitsorientierten Menschen- und Gesellschaftsbild des Verbandes: „Rechtsex-

tremismus bedroht die Minderheiten und die Schwachen. Er führt in der Konsequenz dazu, dass alle sozialen Leistungen in Frage gestellt werden.“ Deshalb sei es gerade jetzt besonders wichtig, sich auf das paritätische Gleichheitsprinzip zu besinnen und offensiv für eine plurale und humane Gesellschaft einzutreten.

Rechte nur im Osten?

Gemeinhin wird derzeit angenommen, dass rechte Gesinnungen innerhalb Deutschlands ungleichmäßig verteilt sind und seit 2015 erheblich zugenommen haben. Die Studie „Die enthemmte Mitte“, die Prof. Dr. Elmar Brähler von der Universität Leipzig vorstellte, kommt zu einem anderen Ergebnis: Ausländerfeindlichkeit, die, so Prof. Brähler, „eigentliche Einstiegsdroge“ in den Rechtsextremismus sei im Westen zwar tatsächlich geringer ausgeprägt. Hintergrund seien aber hauptsächlich „sozialstrukturelle Verwerfungen“, vor allem die Abwanderung gebildeter junger Menschen aus dem Gebiet der ehemaligen DDR. Rechne man diesen Faktor heraus, seien die Anteile in etwa gleich. Die Studie, so führte er weiter aus, könne tröstlicherweise auch belegen, dass das Ausmaß rechtsideologischer Einstellungen seit 2012 nicht zugenommen hat, es also keinen erkennbaren Zusammenhang von Fremdenfeindlichkeit und Flüchtlingszuzug gibt. Der AfD-Erfolg insgesamt, resümierte er abschließend, sei vor allem darauf zurückzuführen, dass diese Partei den seit jeher, aber eher unauffällig rechts Gesinnten ein neues, durchaus willkommenes Sammelbecken bereitgestellt habe.

Herausforderung auch im Alltag

Inga-Karina Ackermann (Mitglied des Verbandsrates und Arbeitslosenverband Brandenburg), Gabi Jaschke (InSchwung), Pamela Barth (RC Partner für Integration und Chancengleichheit), Kornelia Wehlan, Dr. Ulrich Schneider und Kerstin Bräuer (MachtLos) stellten in der anschließenden Podiumsdiskussion fest, dass menschenfeindliche Einstellungen zunehmend Einfluss auch auf die alltäg-

liche Arbeit der Mitgliedsorganisationen nehmen. Inga-Karina Ackermann zum Beispiel berichtete, dass Vorstand und Geschäftsführung des Arbeitslosenverbandes seit einiger Zeit immer wieder im Internet öffentlich beschimpft werden, weil sie die Angebote auch für Flüchtlinge geöffnet haben. Auch die anderen Diskussteilnehmerinnen und -teilnehmer haben, unabhängig vom Einrichtungstyp, Diskriminierungen oder fremdenfeindliche Einstellungen beobachtet, auch unter den Adressatinnen und Adressaten ihrer Angebote. Bislang wurde damit ganz unterschiedlich umgegangen. Manche haben sich, auch gemeinsam mit ihren Adressatinnen und Adressaten, zur Interkulturellen Öffnung oder zur Argumentation gegen „Stammtischparolen“ fortgebildet und damit gute Erfahrungen gemacht. Andere setzen auf Empathie, den kontinuierlichen Diskurs und die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten - auch, um damit möglicherweise vorhandenen Ängsten entgegenzuwirken. Gabi Jaschke wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Paritätische Beteiligungsagentur InSchwung für die Mitgliedsorganisationen auch weiterhin entsprechende Unterstützungsangebote bereithält.

In kleinen Workshops wurden im Anschluss auch vom Plenum Lösungsvorschläge entwickelt. Mehr Geld für Integration, Begegnung und Strukturentwicklung gehörten dazu, aber auch die immer wieder neue Bereitschaft, im Gespräch aufeinander zuzugehen. Und nicht zuletzt: eine klare Haltung und der Mut zur eindeutigen Abgrenzung.

ParitätJob.de - eine neue Stellenbörse

Die bis zum regulären Teil der Mitgliederversammlung verbleibende Zeit wurde genutzt, um die neue Paritätische Stellenbörse „ParitätJob“ vorzustellen. Sie wird als Internetportal gemeinsam von den paritätischen Landesverbänden Berlin, Sachsen-Anhalt und seit neuestem auch Brandenburg unterhalten, um die Mitgliedsorganisationen bei der Anwerbung neuer Fachkräfte zu unterstützen. Das



Kornelia Wehlan



Prof. Dr. Elmar Brähler



Zeichnerisches Simultanprotokoll an der Metaplanwand: „Graphic recording“

Angebot steht allen Mitgliedsorganisationen der beteiligten Landesverbände kostenlos zur Verfügung und trägt mit einer ganzen Reihe spezieller Tools dazu bei, das Ausschreibungsverfahren erheblich zu vereinfachen.

Info-Veranstaltung ParitätJob

Wer sich für das neue Stellenportal interessiert, ist herzlich eingeladen, sich darüber im Rahmen einer Präsentation näher zu informieren.

Termin: 24. Januar 2018
10.00 - 12.00 Uhr
in der Landesgeschäftsstelle in Potsdam

Anmeldung an: estelle.steidten@paritaet-brb.de

4. Brandenburger Pflegefachtag

Perspektiven für die Pflege

Angesichts der wachsenden Strukturdefizite wird es vor allem auf dem Land immer schwerer, im gewohnten Zuhause in Würde alt zu werden. Parallel führt der Fachkräftemangel dazu, dass mittlerweile ganze Regionen nicht mehr adäquat versorgt werden. Diese komplexe Problemlage ist nicht leicht zu lösen. „Brandenburg. Macht. Pflege“ war der bewusst mehrdeutige Titel des 4. Brandenburger Pflegefachtages, der vom 7. bis zum 8. November in Erkner tagte. Es ging sowohl um den Einfluss der regionalen Akteure im Gesundheitssystem als auch darum, was es in Brandenburg an nachhaltigen Ansätzen bereits gibt.

Der Kongress wurde wie seine Vorgänger von der Qualitätsgemeinschaft Pflege der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Brandenburg (QgP) in Kooperation mit den Brandenburger Pflegekassen und dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (MASGF) veranstaltet. Teilgenommen haben Fachkräfte aus der kommunalen und ministerialen Verwaltung, aber auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Pflegekassen und der Leistungserbringer.

Michael Ranft, Leiter der Abteilung Frauen, Soziales, Familie und Integration im MASGF, plädierte in seiner Begrüßungsrede für ganzheitliche Lösungsansätze: „Die Pflege der Zukunft“, so sein Statement, „wird wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, den Sozialraum einzubeziehen.“ Dafür Methoden und Modelle zu entwickeln war folgerichtig einer der zentralen inhaltlichen Schwerpunkte des Kongresses.

Pflege verhuscht im Hintergrund: So stellte das Forumtheater es für die Zeit der Wende zum 20. Jahrhundert dar. (Foto: Doreen Wagner)

Die Kommunen:

verantwortlich, aber nicht zuständig

Einbezug des Sozialraums - das meint kleinräumige und nachhaltige Gesamtarrangements, in denen Maßnahmen zur Sicherung von Mobilität und sozialer Teilhabe mit leicht zugänglichen Beratungs-, Entlastungs- und Pflegeangeboten ganzheitlich verknüpft werden, um den Verbleib im gewohnten Umfeld zu unterstützen. Vermutet wird außerdem, dass damit auch Pflegebedürftigkeit insgesamt gesenkt werden kann. Für die Umsetzung wären die öffentliche Verwaltung, die Kassen und die Leistungserbringer gemeinsam verantwortlich, die Steuerungsfunktion läge bei den Kommunen. Diese sehen sich aber, wie Dr. Irene Vorholz, Sozialbeigeordnete des Deutschen Landkreistages, ausführte, dafür weder mit Kompetenzen noch mit Ressourcen hinreichend ausgestattet. Das Problem: Solange es weder gesetzliche Regelungen noch finanzielle Unterstützung

gibt, muss der gute Wille reichen. Achim Uhl von der LIGA des Landes Baden-Württemberg ergänzte im Fachforum „Quartiersentwicklung“, dass auch die Rolle der Leistungserbringer im Gesetz unzureichend definiert sei. Er kritisierte aber auch die Leistungserbringer insbesondere der Freien Wohlfahrtspflege, weil sie bislang nur wenig Interesse an der Entwicklung von Infrastruktur und Sozialplanung gezeigt hätten.

Pflege allein genügt nicht

Immerhin gibt es aber schon Kommunen, die für die Quartiersentwicklung mit Leistungserbringern und Kassen systematisch zusammenarbeiten. Barbara Erjauz von der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (BTU) stellte das Projekt „Altersfreundliche Gemeinde“ vor, das vom Landkreis Elbe-Elster in Kooperation mit der BTU unterhalten wird. Es geht dabei einerseits um eine an den Bedarfen älterer Menschen orientierte Gestaltung des öffentlichen Raumes zum Beispiel in den Bereichen Mobilität und Barrierefreiheit. Gleichzeitig aber auch um Begegnungs- und Kommunikationsmöglichkeiten, adäquaten Wohnraum und genügend leicht zugängliche Angebote im Bereich Pflege. Einfach ist die Umsetzung nicht. „Das größte Problem“, so Barbara Erjauz, „ist die Überzeugungsarbeit.“ Tatsächlich konnten bislang lediglich drei Gemeinden für eine Beteiligung gewonnen werden.

Die Senkung der Pflegeprävalenz, also des Anteils pflegebedürftiger Menschen an der Gesamtbevölkerung, ist Ziel eines von der QgP selbst initiierten und ihrer Trägerschaft befindlichen





Podiumsdiskussion. Von links: Dr. Irene Vorholz, Maren Dieckmann (Sozialdezernentin der Stadt Cottbus), Dr. Anja Ludwig (Fachstelle Altern und Pflege im Quartier Land Brandenburg) und Chris Behrens (AOK Nordost); Foto: Doreen Wagner

Projektes in der ländlichen Gemeinde Milow und der Stadt Nauen. Dazu berichtete Ines Neidt, die vor Ort koordiniert. Sie berät zum Beispiel zum altersgerechten Umbau von Wohnungen und regt neue Dienstleistungen oder Angebote zur Förderung sozialer Kontakte an. Beteiligt sind außer den beiden Gemeinden die AOK Nordost, der Landkreis Havelland und die Havellandkliniken. Bei den Seniorinnen und Senioren kommen die vernetzten Angebote bislang sehr gut an, auch weil sie der Isolation entgegenwirken.

Verantwortung teilen

„Trotzdem:“, so Andreas Kaczynski, Vorstandsvorsitzender der QgP und Vorstand des Paritätischen Brandenburg: „Bislang kommen wir über Modellprojekte nicht hinaus. Wenn man im Vorpflegebereich nachhaltige Strukturen aufbauen will, muss hier mehr investiert werden.“ Er plädierte für eine stärkere Beteiligung des Landes und der Kassen: „Es kann nicht sein, dass dafür ausschließlich die Kommunen zuständig sein sollen.“

Fachkräftemangel und Selbstverständnis

Parallel aber ging es auch um die Ursachen des Fachkräftemangels und Instrumente, mit denen sich gegensteuern lässt. Prestige und Selbstverständnis der Pflegeberufe sowie Konzepte der Personalentwicklung waren dabei die Hauptaspekte.

Die von Moderator Christof Büro vorgestellte Studie „Interessenvertretung in der Altenpflege“ belegt: Gegen die oft mangelhafte Arbeitsqualität und die schlechten Gehälter gibt es von Seiten des Pflegepersonals kaum Protest. Die meisten sehen keine Möglichkeiten, selbst etwas zu ändern, und delegieren

die Verantwortung an den Staat. Nur etwa ein Viertel der im Pflegesektor Beschäftigten hätte gern eine Interessenvertretung, kaum jemand ist gewerkschaftlich organisiert. Die Gründe: hoher Frauenanteil, ausgeprägte Teilzeitquote, viele Quereinsteiger und Angst um den Job. Tatsächlich sind die meisten allerdings recht zufrieden, weil Zuneigung und Anerkennung der von ihnen Gepflegten den nötigen Ausgleich schaffen.

Die Bühneneinlagen, mit denen das Berliner Forumtheater die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zwischen den Arbeitsphasen kabarettistisch unterhielt, zeigten in kleinen Szenen, wie es zu dieser zurückhaltenden Einstellung gekommen ist: Pflege hat sich aus der Krankenschwesternarbeit entwickelt, die in den Lazaretten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts von Frauen karitativ und untergeordnet geleistet wurde. Im Improvisationsspiel konnte aber auch gezeigt werden, dass sich manche Belastung mit selbstbewusstem Auftreten auch von Seiten der Pflege steuern lässt.

Darüber, wie das konkret funktioniert, konnte man sich im Fachforum „Interprofessionelle Kommunikation“ informieren. Christof Düro erarbeitete hier gemeinsam mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Gründe, aus denen Pflegekräfte im Spannungsfeld zwischen medizinischem Fachpersonal und Pflegepatientinnen und -patienten immer wieder an ihre Grenzen kommen: Sie stehen ständig unter Rechtfertigungsdruck, müssen oft genug widersprüchliche Anforderungen ausgleichen und treten zudem zu schüchtern auf. Professionelle Distanz, sachlich-erklärende Kommunikation mit beiden Sei-

ten und Diplomatie können helfen, diese Konflikte zu entschärfen.

Auch Dr. Johannes Plümpe, Leiter des Diakonischen Bildungszentrums Lobetal, untersuchte das Selbstverständnis der Pflege. Ihm ging es dabei allerdings hauptsächlich um eine gewisse Neigung zur Bevormundung. „Der Alltag“, stellte er fest, „wird besonders im stationären Bereich nahezu ausschließlich vom Pflegepersonal bestimmt.“ Das sei weder mit der angestrebten Kompetenzorientierung noch mit den Selbstbestimmungsrechten derjenigen vereinbar, die sich mit diesen Verhältnissen zwangsweise abfinden müssen. Er plädierte für mehr Empathie und höhere Bereitschaft zu einer Pflege auf Augenhöhe.

Mehr Prestige könnte helfen

Irmgard Stremlau, Leiterin des AWO-Bildungszentrums Preetz, gab einen kurzen Einblick in die Qualifikationsanforderungen und Berufsbilder, die es im europäischen Ausland im Pflegesektor gibt. Wie sich zeigte, hat der Beruf in den meisten Ländern erheblich mehr Prestige. Fast überall haben die Fachkräfte studiert und übernehmen Leitungs- und Koordinationsaufgaben. Die Tätigkeiten sind sämtlich mit mehr Verantwortung verbunden, besser bezahlt, weniger belastend und abwechslungsreicher. Besonders hoch ist die Berufsqualität in Schweden. Dort wird der Konkurrenzkampf um die Arbeitskräfte auch nicht über die Gehälter ausgetragen - die werden von einem Tarifreuegesetz bestimmt -, sondern über die Arbeitsbedingungen. Das Fazit: Um europäische Fachkräfte für den hiesigen Arbeitsmarkt zu gewinnen, müsste noch einiges getan werden.

Beteiligung macht stark!

2. Landesweites Dialogforum für Kinder und Jugendliche in Einrichtungen der Erzieherischen Hilfen

86 Kinder und Jugendliche im Alter von sechs bis zu 19 Jahren haben vom 26. bis zum 27. September 2017 am 2. Dialogforum „Partizipation in den Erzieherischen Hilfen“ teilgenommen. Sie waren mit begleitenden pädagogischen Fachkräften angereist, um in der Feriensiedlung „Störitzland“ zwei Tage lang in themenbezogenen Workshops darüber zu diskutieren, wo es an ihrer Beteiligung im erzieherischen Alltag noch hapert und was sich verbessern lässt. Dabei wurde eine ganze Reihe konkreter und durchaus praktikabler Vorschläge erarbeitet.

Schon ein 2016 durchgeführtes 1. Dialogforum mit Kindern und Jugendlichen hatte für die Förderung des Beteiligungsprozesses vieles in Gang setzen können. Ein Ergebnis war die konkrete ministerielle Zusage, hier zukünftig sowohl finanziell als auch strukturell zu unterstützen. Vor allem aber die Kinder und Jugendlichen haben profitiert. Einige haben dort erstmals erfahren, wie sinnvoll es ist, vor Ort Gruppensprecherinnen und -sprecher zu wählen, die sich für ihre Rechte einsetzen. Andere haben gelernt, ihre Wünsche selbstbewusst ins Hilfeplangespräch einzubringen. Wieder andere haben sich intensiv mit einer möglichen Struktur für eine landesweite Interessenvertretung auseinandergesetzt.

In diesem Jahr nun konnten für zentrale Handlungsbereiche weitere Impulse gesetzt werden. Besonders erfreulich: Martin Isermeyer, Dezernent für Jugend, Bildung, Soziales und Gesundheit des Landkreises Oder-Spree, Andreas Hilliger, Abteilungsleiter im Bildungsministerium, und Elke Wagner, Leiterin des Referates Einrichtungsaufsicht, nahmen persönlich an der Veranstaltung teil und sagten auch für die Zukunft die benötigte Unterstützung zu. Nächster Schritt wird die Einrichtung eines Landesjugendrates der Erzieherischen Hilfen sein, der - ähnlich wie der Landesschülerrat - bestimmte Aufgaben in

eigener Verantwortung wahrnehmen und dafür eine Dienstschrift im Ministerium erhalten wird. Viele Probleme, unter denen die Kinder und Jugendlichen in den Einrichtungen leiden, sind aber dialogisch nicht behebbar. Dazu gehören zum Beispiel das je nach Landkreis unterschiedlich hoch ausfallende Taschengeld oder der Ausschluss von Klassenfahrten, weil die Kosten nicht übernommen werden.

Das diesjährige Forum wurde koordiniert von der vom Paritätischen getragenen Fachstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg und finanziell gefördert vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport.



Mobilitätsarmut bekämpfen!

Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche und ökonomische Teilhabe. Die Erreichbarkeit von Ämtern, gesundheitlicher Infrastruktur, Einkaufs- und Begegnungsmöglichkeiten oder Kulturstätten ist ein entscheidender Faktor für die Lebensqualität. Deshalb beschäftigte sich die Landesarmutskonferenz Brandenburg (Iak) in ihrem Fachgespräch am 10. Oktober 2017 mit dem Thema Mobilitätsarmut. Gemeinsam mit Akteuren von Verkehrsinitiativen und -unternehmen, Krankenkassen, Betroffenen und Politikerinnen wurde eine Bestandsaufnahme vorgenommen. Auch wurden Grundsätze für die weitere Bekämpfung von Mobilitätsarmut diskutiert. Teilgenommen haben unter anderem Ines Jesse, Staatssekretärin im Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung, Thorsten Müller von regibus Potsdam Mittelmark GmbH und Rainer Bonne vom Bürgerbus Hoher Fläming e.V.

Andreas Kaczynski, erster Sprecher der Iak, erklärte: „In einem Flächenland wie Brandenburg ist eine tragfähige Mobilitätsstrategie von großer Bedeutung. Mangelnder Anschluss an den Nahverkehr können zu sozialer Abschottung, Nichtinanspruchnahme von Gesundheitsleistungen und einer Verstärkung der Armut führen.“

Denn es sind vor allem einkommensarme Haushalte, die durch die Ausdünnung und Verteuerung des öffentlichen Nahverkehrs in Brandenburg auf der Strecke bleiben. Im ländlichen Raum wird Mobilität zu angemessenen Preisen mancherorts nur von bürgerschaftlichen Initiativen wie Bürgerbusvereinen gewährleistet. Und diese stehen vor großen finanziellen und organisatorischen Problemen.

Aber auch ältere Menschen sind in besonderem Maße von Mobilitätsarmut betroffen. Denn zusätzlich zu Finanzierungsschwierigkeiten leiden sie oft unter körperlichen Einschränkungen, die es unmöglich machen, ohne fremde Hilfe zum Bus, geschweige denn in die nächste Stadt zu kommen. Mobilität gehört als Bereich der Daseinsfürsorge in die öffentliche Zuständigkeit. Deshalb fordert die Iak von der Landes- und Kommunalpolitik einen Aktionsplan gegen Mobilitätsarmut, der möglichst umgehend umgesetzt werden soll.

Estelle Steidten

■ Forderungspapier abrufbar unter:

<https://www.liga-brandenburg.de/Brandenburg-braucht-Aktionsplan-gegen-Mobilitaetsarmut-Landesarmutskonferenz-stellt-Forderungskatalog-vor-897852.html>